

Mag. Stephan Scharinger

Bundesrealgymnasium Innsbruck

Adolf-Pichler-Platz 1

6020 Innsbruck

Persönliche Stellungnahme zum Entwurf des neuen Dienstrechts für Lehrerinnen und Lehrer

Viele Veränderungen und Neuerungen, die aus dem Entwurf des neuen Lehrer/innendienstrechts hervorgehen, führen dazu, dass ich mir große Sorgen um die Qualität des zukünftigen Unterrichts machen muss. Der vorliegende Gesetzesentwurf wird daher von mir entschieden abgelehnt.

Jedem, der sich eingehend mit dem Gesetzesentwurf beschäftigt, wird klar, dass es sich hierbei in erster Linie um ein drastisches Sparpaket handelt. Für einen deutlichen Mehraufwand an Arbeit an den Schulen ist weniger Lohn vorgesehen. Außerdem sollen AHS-Oberstufenlehrer/innen, von denen ein Masterabschluss gefordert wird, nur eine bachelorwertige Bezahlung erhalten. Schon derzeit ist ein großer Mangel an Lehrkräften in diversen Fächern spürbar. Die neuen Maßnahmen würden den Lehrer/innenmangel sicherlich nochmals deutlich verschärfen und dazu führen, dass wir unseren Schüler/innen keinen qualitätsvollen Unterricht mehr bieten könnten.

Der vorliegende Gesetzesentwurf berücksichtigt in keiner Weise die unterschiedlichen Herausforderungen, die die verschiedenen Schulfächer mit sich bringen. Es ist eine einheitliche Höhe der Lehrverpflichtung vorgesehen, die komplett an der Schulrealität vorbeigeht. Sollten tatsächlich alle Lehrer/innen bis zu 27 Stunden in der Woche zu halten haben - dazu kommen ohnehin vor- und nachbereitende Unterrichtstätigkeiten, Korrekturen, organisatorische Verpflichtungen als Klassenvorstand/vorständin, Kustos/Kustodin, Fachvorstand/vorständin, Sprechstunden etc. - ist mit einem massiven Verlust der bisherigen Qualität des Unterrichts zu rechnen. Es wäre uns Lehrer/innen dann nicht mehr möglich, lernstarke und lernschwache Schüler/innen gleichermaßen differenziert und individuell zu fordern bzw. zu fördern.

Als Junglehrer in den Fächern Mathematik und Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung mit einer vollen Lehrverpflichtung kann ich in keinsten Weise nachvollziehen, wie gleichzeitig dazu das Absolvieren eines Masterstudiums zu schaffen sein soll. Zwangsläufig

würde es dazu kommen, dass Absolvent/innen eines Bachelorstudiums auch in der Oberstufe unterrichten würden. Es muss aber klar sein, dass ein moderner und innovativer Unterricht von einer hochwertigen wissenschaftlichen und universitären Ausbildung auf Masterniveau lebt. Um etwa die Schüler/innen insbesondere in der Oberstufe von meinen Fächern zu faszinieren, greife ich auf jenes Wissen zurück, das ich in meinem fundierten Diplomlehramtsstudium erwerben konnte. Einer Lehrerin/einem Lehrer mit Bachelorabschluss würde diese Tätigkeit um vieles schwerer fallen.

Zu einem massiven Qualitätsverlust würde auch die Umsetzung des Vorschlages führen, dass Lehrer/innen in allen Fächern eingesetzt werden sollen - auch, wenn sie für die entsprechenden Fächer kein Studium vorzuweisen haben. Bereits jetzt wird diese Vorgehensweise in den Hauptschulen und Neuen Mittelschulen von Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern gleichermaßen kritisiert, weil kein qualitätsvoller Unterricht gewährleistet ist. Es ist dezidiert abzulehnen, dass diese Praxis flächendeckend eingeführt werden soll.

Der Entwurf eines neuen Lehrer/innendienstrechts würde also zu einem massiven Verlust der Unterrichtsqualität führen. Es kann nicht sein, dass im 21. Jahrhundert derartige Maßnahmen im Bildungsbereich gesetzt werden, wenn uns doch allen klar sein muss, dass gerade die Forcierung von Bildung und Innovation ein wichtiger Eckpfeiler für eine moderne Gesellschaft ist.

Ich fordere daher mit Nachdruck, dass die (neue) Bundesregierung nach den Nationalratswahlen unverzüglich wieder Verhandlungen mit den Gewerkschaften der Lehrer/innen aufnimmt.

Mit freundlichen Grüßen,

Stephan Scharinger

Ich bin mit einer Veröffentlichung der Stellungnahme auf der Homepage des Nationalrates einverstanden!